

# BUCHBESPRECHUNGEN

## DOKUMENTE DES GETEILTEN DEUTSCHLAND

Quellentexte zur Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik. Mit einer Einführung herausgegeben von Ingo von Münch. Kröners Taschenausgaben, Band 391. Alfred Kröner Verlag, Stuttgart 1968. 588 S., Leinen 19,80 DM.

Über die Anerkennung der DDR, Anerkennung der Oder-Neiße-Linie und einen Generalvertrag zwischen der Bundesrepublik und der DDR wird schon seit langem diskutiert. Gerade in letzter Zeit ist die Diskussion über beide Fragen wieder intensiver geworden. Für einen Vertrag zwischen den beiden deutschen Staaten liegen auch schon verschiedene Entwürfe vor.

Die vorliegende Sammlung von 160 Verträgen, Noten, Gesetzen und Erklärungen wird daher sicherlich auf besonderes Interesse stoßen, weil sie eine rasche Orientierung über die Rechtslage des Deutschen Reiches, der Bundesrepublik und der DDR anhand der Originaldokumente ermöglicht.

Der Herausgeber gibt zunächst eine äußerst instruktive Einführung in Deutschlands Rechtslage, die jedem zur Lektüre empfohlen werden kann, der sich über die damit zusammenhängenden Fragen fundiert äußern will.

Die Sammlung der Dokumente beginnt mit den Texten, die sich auf das Deutsche Reich beziehen (Alliierte Erklärungen zu den Kriegszielen; Kapitulation der deutschen Streitkräfte; Viermächte-Besatzungsregime in Deutschland; Beendigung des Kriegszustandes); anschließend werden Texte zur Geschichte der Bundesrepublik Deutschland gebracht (westalliierte Maßnahmen auf dem Gebiet der Bundesrepublik vor ihrer Gründung; Gründung und Gesetze der Bundesrepublik Deutschland; Berlin; Verhältnis der Bundesrepublik zur DDR; Verhältnis der Bundesrepublik zu den Westmächten); sodann folgen Texte zur DDR (Sowjetische Maßnahmen auf dem Gebiet der DDR; Gründung und Gesetze der DDR; Berlin (Ost); Verhältnis der DDR zur Bundesrepublik; Verhältnis der DDR zu den Ostblockstaaten); den Abschluß bilden Texte zu Fragen der deutschen Grenzen (Westgrenze; Oder-Neiße-Linie; Sudeten).

Als Anhang wurden die Verfassung der DDR vom 9. April 1968 und Auszüge aus dem Strafgesetzbuch der DDR vom 12. Januar 1968 abgedruckt.

Einige Dokumente, die nur in der englischen oder französischen Fassung authentisch sind, wurden im fremdsprachigen Originalwortlaut wiedergegeben. Auf den Abdruck nicht authentischer offizieller oder privater

Übersetzungen wurde in diesen Fällen verzichtet, um Fehlinterpretationen zu vermeiden. Sowjetische Dokumente dagegen wurden nur in deutscher Übersetzung abgedruckt.

Bei der Auswahl der Dokumente wurden Regierungserklärungen und politische Verträge gegenüber Äußerungen und Plänen einzelner Politiker bevorzugt, weil solchen Äußerungen und Plänen in der Regel nur geringe oder gar keine definitive Bedeutung zukommt. Erfreulich ist, daß in der DDR erlassene Gesetze, die im allgemeinen schwerer zugänglich sind, in etwas größerer Zahl aufgenommen wurden, als Gesetze der Bundesrepublik.

Es muß hervorgehoben werden, daß dem Herausgeber die schwierige Aufgabe gelungen ist, aus der Vielzahl von Verträgen, Noten, Gesetzen und Erklärungen die wesentlichen Dokumente auszuwählen. Neben dem Münchener Abkommen, dem Potsdamer Abkommen, dem NATO-Vertrag, Dokumenten zur Berlin-Frage und der Oder-Neiße-Linie, wurden z. B. auch das Interzonenhandelsabkommen, Dokumente zum Bau der Mauer, der Schießbefehl für die Grenzsoldaten der DDR, die Passierscheinabkommen, das neue Staatsbürgerschaftsgesetz der DDR und der Briefwechsel zwischen Kiesinger und Stoph aufgenommen.

Dem Buch wurde ein chronologisches Register der Dokumente beigegeben, das einen Überblick über die zeitliche Folge der Entwicklung ermöglicht. Auch eine umfangreiche Bibliographie und ein Stichwortverzeichnis sind enthalten.

Der Herausgeber — Prof. Dr. jur. Ingo von Münch — ist einer der bekanntesten jüngeren Völkerrechtler. Seit 1965 ist er Professor an der Ruhr-Universität Bochum, wo er Staatsrecht, Verwaltungsrecht und Völkerrecht liest. Er ist Mitherausgeber der Schriftenreihe „Völkerrecht und Außenpolitik“.

*Waldemar Block*

## RUDOLF WILDENMANN GUTACHTEN ZUR FRAGE DER SUBVENTIONIERUNG POLITISCHER PARTEIEN AUS ÖFFENTLICHEN MITTELN

Politik und Wähler, Band 5, Verlag Anton Hain, Meisenheim am Glan, 1968, 106 S., brosch. 13,— DM.

Achtzehn Jahre benötigten die im Bundestag vertretenen politischen Parteien, um einen Verfassungsauftrag zu erfüllen, der sie selbst betrifft. Erst am 24. Juli 1967 konnte das „Gesetz über die politischen Parteien“ verkündet werden. Ein Kernstück dieses Ausführungsgesetzes zu Art. 21 GG bildet die Frage der Parteifinanzien. Ihre öffentliche Rechnungslegung ist eine Forderung des Verfassungsgesetzgebers; die Forderung ihrer Herkunft aus öffentlichen Mitteln entsprang zu-

nächst dem Verlangen der Schatzmeister nach einem ausgeglichenen Parteibudget. Die Legitimität und Legalität einer derartigen Parteisubventionierung aus öffentlichen Mitteln war und ist jedoch heftig umstritten.

Die indirekte Subventionierung durch die Steuerbegünstigung von Spenden für politische Parteien hatte das Bundesverfassungsgericht schon mit Urteil vom 24. 6. 1958 für verfassungswidrig erklärt. Beginnend mit dem darauffolgenden Haushaltsjahr erkannten sich die Parteien direkte Subventionen zu, und zwar zunächst nur als „Zuschüsse zur Förderung der politischen Bildungsarbeit der Parteien“ (1959: 5 Mill. DM), später jedoch auch als Globalzuweisung unter dem Haushalts-titel: „Sondermittel für die Aufgaben der Parteien nach Art. 21 GG“ (1965: 38 Mill. D-Mark). Die Verfassungswidrigkeit dieser Praxis begründete das Bundesverfassungsgericht (Urteil vom 19. 7. 1966) u. a. wie folgt:

„Willensbildung des Volkes und staatliche Willensbildung sind auf vielfältige Weise miteinander verschränkt. In einer Demokratie muß sich diese Willensbildung aber vom Volk zu den Staatsorganen, nicht umgekehrt von den Staatsorganen zum Volk hin, vollziehen. Die Staatsorgane werden durch den Prozeß der politischen Willensbildung des Volkes, der in die Wahlen einmündet, erst hervorgebracht (Art. 20 Abs. 2 GG). Das bedeutet, daß es den Staatsorganen grundsätzlich verwehrt ist, sich in bezug auf den Prozeß der Meinungs- und Willensbildung des Volkes zu betätigen, daß dieser Prozeß also grundsätzlich ‚staatsfrei‘ bleiben muß...“ Verboten sei daher jede staatlich-institutionelle Verfestigung der Parteien und damit ihre Einfügung in den Bereich der organisierten Staatlichkeit.

Das BVerfG ließ eine Hintertür offen: „Es läßt sich jedoch verfassungsrechtlich rechtfertigen, wenn unter Beachtung der Grundsätze der Parteienfreiheit und der Chancengleichheit den politischen Parteien die notwendigen Kosten eines angemessenen Wahlkampfes ersetzt werden...“

Diese grundlegende Entscheidung des Jahres 1966 beschleunigte den Erlass des Parteiengesetzes von 1967 — mit Wahlkampfkostenerstattungsklausel. Da die Erstattung in Form einer Wahlkampf kostenpauschale (§ 18 ParteiG) jedoch nur den Parteien zugute kommen sollte, die nach dem endgültigen Wahlergebnis mindestens 2,5 % der im Wahlgebiet abgegebenen gültigen Zweitstimmen erreicht haben, wurde das Bundesverfassungsgericht auf Antrag der kleineren politischen Parteien erneut tätig (Urteil vom 3. 12. 1968): Eine finanzielle Sperrklausel von 2,5 % verstößt gegen das Recht der politischen Parteien auf Chancengleichheit; allenfalls könne eine Sperrklausel von 0,5 % hingenommen werden. Der Bundestag hat das Parteiengesetz inzwischen entsprechend geändert.

Hiermit hat der Kampf um die Legalität der Parteienfinanzierung aus öffentlichen Mitteln ein (vorläufiges?) Ende gefunden. Offen bleibt nach wie vor die Frage nach der Legitimität des eingeschlagenen Weges. Ist es für unser parlamentarisch-demokratisches System zuträglich, die Parteien als Transmissionsriemen zwischen Wähler und Staat partiell aus öffentlichen Mitteln zu finanzieren? Oder umgekehrt, kann dieses System in der Zukunft ohne beträchtliche Zuwendungen aus dem Staats-säckel überhaupt noch funktionieren?

Es ist das Verdienst von Wildenmann, in seinem Gutachten jenseits des Tagesstreites zu diesem Problem Stellung genommen zu haben. Nach einer knappen Darstellung der „Haushalte der Parteien“ beschäftigt sich Wildenmann mit den „von den Parteien erwarteten Leistungen für die gesamte demokratische Organisation der Gesellschaft“. Es handelt sich hierbei in erster Linie um die „Arbeitsfähigkeit der Vertretungskörperschaften“. Den Parteien obliegt die Auswahl des politischen Personals sowie die Entscheidungsfindung, sowohl im Parlament als auch in der Regierung. Darüber hinaus müssen sie jedoch ganz allgemein darum bemüht sein, die „wirksame Verfassung“ an den „sozialen Wandel“ anzupassen. Sie müssen in der Lage sein, soziale und politische Interessen einzelner, von Gruppen und des ganzen Volkes zu artikulieren, aufeinander abzustimmen und zum Tragen zu bringen.

Unser gegenwärtiges staatsrechtliches System ist ohne Parteien nicht denkbar. Die den Parteien obliegenden Aufgaben wachsen und damit auch ihre Ausgaben. Reichen die herkömmlichen Finanzierungsmethoden nicht mehr aus, so müssen neue geschaffen werden.

Zu untersuchen ist dabei, welche Methoden des Gelderwerbs den Aufgaben der Parteien am wenigsten abträglich sind. Der Rechtsanspruch von Parteien auf öffentliche Mittel schafft möglicherweise eine weitaus geringere Abhängigkeit als die private Zuwendung größerer Summen von Seiten einer kleinen Gruppe von Privatpersonen (oder Interessengruppen, wie z. B. Firmen, Industrieverbände). Umgekehrt kann der durch die jeweilige Parteispitze wahrgenommene Anspruch auf öffentliche Mittel möglicherweise zu einer unerwünschten Stärkung eben dieser Parteispitze führen und damit die Oligarchiebildung innerhalb der einzelnen Parteien stärken.

Wildenmann beschränkt sich jedoch nicht auf diese politisch-fiskalische Seite des Problems, sondern weist darauf hin, daß die Frage der Parteienfinanzierung nur gelöst werden kann im Rahmen einer umfassenden gesellschaftlich-politischen und rechtlichen neuen *Standortbestimmung der Parteien*. Vorgeschlagen wird daher ein „Volksvertretungsgesetz“ mit einer Neuregelung des Wahlsystems, Vorschriften über den Mißbrauch von Werbemethoden,

Richtlinien über Mindestanforderungen im internen Aufbau der Parteien sowie Richtlinien für die Finanzierung der Parteien einschließlich der öffentlichen Zuschüsse.

Das eingangs zitierte Parteiengesetz von 1967 erfüllt diese Forderungen nur zum Teil. Das Unbehagen der Jugendorganisationen aller Parteien an Aufbau und Funktion ihrer Mutterorganisationen, insbesondere aber an der Willensbildung innerhalb der Parteien, zeigt die Reformbedürftigkeit der überkommenen Strukturen.

Erforderlich ist eine gründliche Analyse der Aufgaben der Parteien. Das Gutachten von Wildenmann, obwohl in einigen Teilen überholt, kann hierbei als wertvolle Diskussionsgrundlage dienen. Politiker, die eine Änderung des Wahlrechts erstreben, sollten wissen, daß dies nicht ohne tiefgreifende Auswirkungen auf die Struktur der Parteien bleiben kann. Es wäre daher auch vom Gesichtspunkt einer Wahlrechtsreform her erforderlich, sich zunächst mit einer Strukturanalyse der Parteien zu beschäftigen. Dies sollten auch jene beherzigen, die die Wahlrechtsreform zum Bestandteil des neuen Koalitionspaktes nach dem 28. 9. 1969 machen wollen. *Claus Weiß*

#### ANGELO TASCA

##### GLAUBEN GEHORCHEN KÄMPFEN

Aufstieg des Faschismus, Europa Verlag Wien — Frankfurt — Zürich, 1969, 445 S., Ln. 38,— DM.

Angelo Tasca, der hier eine Frühgeschichte des Faschismus vorlegt, ist dem deutschen Publikum wenig bekannt. So ist es gut, daß *Ignazio Silone* einleitend den Autor des Werkes vorstellt. Tasca gehörte wie Silone zu den Mitgründern der Kommunistischen Partei Italiens beide haben sich unter der Ära *Stalin* von der Partei wieder getrennt. Tasca emigrierte nach Installierung des faschistischen Regimes nach Frankreich, wo er unter dem Pseudonym *Andre Leroux* als der von *Leon Blum* hochgeschätzte außenpolitische Kommentator des sozialistischen „Populaire“ arbeitete. 1938 erschien in Paris ziemlich unbeachtet seine „*Naissance du Faschisme*“, deren bald darauf herausgekommener englischer Ausgabe im damaligen politischen Klima der „Politik von München“ womöglich noch geringerer Erfolg beschieden war. In Italien selbst konnte das Buch erst nach Ende des zweiten Weltkriegs erscheinen und nun liegt die deutsche Ausgabe vor.

Tasca schreibt nicht etwa einen Erlebnisbericht aus dem Italien der Jahre 1918—1922, nein, es ist die Arbeit eines gewissenhaften Historikers, der die ganze ihm zugängliche Literatur, Dokumente aller Art, Tageszeitungen, minutiös durchstudiert hat und sozusagen jeden Satz seines Buches mit Tatsachen

belegt, für jedes Zitat exakte Quellenangaben liefert. Aber weil Tasca jene Jahre in Italien selbst durchgemacht hat, weist seine Darstellung Lebensnähe und Farbe auf, gleicht nicht der trockenen Erzählung eines nur auf gedruckte Quellen angewiesenen Historikers, nein, sein Buch liest sich wie ein Roman, wie der Roman der großen gesellschaftlichen Tragödie, die Italien nach dem ersten Weltkrieg erlebte.

Tasca, marxistisch geschult, arbeitet mit unerbittlicher Schärfe die Ursachen des faschistischen Erfolgs heraus und zerstört dabei manche Legende, die sich in den Köpfen der Zeitgenossen wie der Nachwelt eingenistet hat. So etwa die weitverbreitete These, die Fabrikbesetzungen durch die radikalisierten Arbeiter während der dem ersten Weltkrieg folgenden Wirtschaftskrise hätten die anfänglich minimale faschistische Bewegung erstarken lassen und ihr die moralische wie materielle Hilfe der industriellen Unternehmer eingetragen. Tasca weist nach, daß die Periode der Fabrikbesetzungen längst vorüber war, als die faschistischen Organisationen zu wachsen begannen.

Es war nicht die Industrie, die sich im Faschismus eine Waffe gegen die organisierte Arbeiterbewegung heranbildete, obwohl sie in einer späteren Phase vom Faschismus in diesem Sinne Gebrauch machte und ihn gegen die Arbeiterorganisationen einsetzte. Zu Beginn aber waren es die Großagrarien, die Latifundienbesitzer in der fruchtbaren Po-Ebene, die den Faschismus züchteten, um ihn gegen die Organisationen der Landarbeiter und deren Forderungen und gegen die angestrebte Agrarreform auszuspielen. Tasca unterbaut damit, ohne sie zu nennen, die Faschismus-Theorie *Leo Trozki's*, wonach eine Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche faschistische Bewegung das Vorhandensein breiter feudalistischer Rudimente in einer sich industrialisierenden Gesellschaft bildet.

Aber er zeigt am italienischen Beispiel auch noch eine andere Reihe von Faktoren auf, die er für den Erfolg des Faschismus verantwortlich macht: Die Zersplitterung und Unfähigkeit der Arbeiterparteien — von den sozialdemokratischen Minimalisten über die Maximalisten, wie sich die beiden sozialistischen Fraktionen damals nannten, bis einschließlich der Kommunisten — die alle mit falschen Analysen, falschen Losungen und unverbindlichem Wortradikalismus die Arbeiter desorientierten und lähmten; die Komplizität der Polizei, der Armee und der Gerichte mit den Faschisten, die Orientierungslosigkeit der nur auf ihre eigene persönliche Machtstellung bedachten und untereinander verzankten liberalen Politiker, der *Nitti*, *Orlando*, *Giolitti*, das Doppelspiel des Vatikans als des größten Latifundienbesitzers in Italien, die Anheizung des Nationalismus durch den später von Mus-

solini beiseite geschobenen *Gabriele d'Annunzio*, um nur die wichtigsten zu nennen.

*Mussolini* selbst wird als Mann geschildert, der nur ein einziges Ziel kennt: zur Macht zu gelangen. Ob mit Gewalt, Hinterlist, legal, das war für ihn nebensächlich. Sein Hin- und Herschwanken zwischen Gewalt und Legalität, dieser politische Seiltanz, der ihn an die Macht führte, wird von Tasca mit der gleichen Ausführlichkeit geschildert, wie das Versagen und die Hilflosigkeit der auf große Rhetorik ausgerichteten Arbeiterparteien. Ein Anhang, der die italienischen Fachausdrücke jener Zeit erklärt, trägt viel zum leichteren Verständnis des gut übersetzten Buches bei.

Walter Gyssling

HERMANN PÜNDER  
VON PREUSSEN NACH EUROPA

Lebenserinnerungen. Deutsche Verlagsanstalt. Stuttgart  
1968. 572 S., Leinen 38,— DM.

Pünder, 1888 in Trier geboren, war zu Beginn der Weimarer Republik im Preußischen Justizministerium, dann im Reichsfinanzministerium und ab 1926 als Staatssekretär unter Kanzlern verschiedener Couleur tätig. Als v. *Papen* Kanzler geworden war, gab Pünder von sich aus diese Position auf und schied, als die Nationalsozialisten seinen Eintritt in die NSDAP forderten, aus jeglichem Staatsdienst aus. 1944 wurde er im Zusammenhang mit dem mißglückten Attentat auf *Hitler* verhaftet, kam durch einen besonderen Glücksumstand mit dem Leben davon, erlitt aber noch eine schwere Zeit in verschiedenen Konzentrationslagern und wurde schließlich zusammen mit anderen prominenten Häftlingen von den Amerikanern befreit.

Pünder wurde Überbürgermeister in Köln, Abgeordneter des nordrhein-westfälischen Landtages und 1948 Überdirektor des Frankfurter Wirtschaftsrates, der als Vorläufer des Bundestages angesehen werden kann und — nicht ohne Zutun der amerikanischen und britischen Militärregierungen — in entscheidenden Punkten die weiterhin eingeschlagene Richtung festlegte. Ab 1949 war Dr. Pünder Mitglied des Bundestages und außerdem sehr aktiv im Europarat, im Montanparlament und in der Westeuropäischen Union tätig.

Angesichts eines solchen Lebens versteht es sich von selbst, daß das vorliegende Buch außerordentlich interessante politische Informationen enthält. Daß zugleich, bei einer klaren, anschaulichen Schreibweise, eine sehr persönliche Note vorhanden ist, tut der Objektivität der Faktendarstellung im Gegensatz zu manchen anderen Memoirenwerken keinen Abbruch. Die Wertung verschiedener Ereignisse und Personen in den Jahren bis 1933

sowie auch der Jahre seit 1945 kann jedoch zum Widerspruch herausfordern. Bemerkenswert für die Einstellung Dr. Pünders ist z. B., daß er das berühmte Ahlener Programm der CDU überhaupt nicht erwähnt.

Besonders allen, die die ersten Nachkriegsjahre mit ihren Schwierigkeiten und besonderen Verwicklungen noch nicht miterlebten und solchen, die Allzuvieles bereits vergessen haben, ist die Lektüre des Buches ans Herz zu legen. Besonders interessant sind die Kapitel über den Wiederaufbau der Stadt Köln, über die Entstehung des Landes Nordrhein-Westfalen und die Art, wie allmählich Verbindungen über die Zonengrenzen hinaus hergestellt wurden, wie eine neue Presse entstand und dergleichen mehr.

Bei aller Hochachtung, die Pünder für seinen Parteifreund Adenauer hegte, fallen manche bemerkenswerte Seitenhiebe auf diesen ab. Auch zu der nachträglich oft zitierten Sowjetnote vom 10. März 1952 bezieht Pünder eine andere Stellung als Adenauer. Während jener die Note als einen „Fetzen Papier“ abtat und selbst seine Fraktionskollegen erst reichlich spät von der Note unterrichtete, schreibt Pünder in seinen Lebenserinnerungen:

„ . . . Würden heute die Sowjets, womit allerdings leider nicht zu rechnen ist, eine solche Note wie die vom 10. März 1952 dem Westen zustellen, so würde sich dieser sicher zum Verhandeln hierüber bereit finden. Hierbei würde sich dann schon herausstellen, was von den Sowjets mit ihrer Note wirklich ernst gemeint und was nur Demagogie, Bluff und Propaganda wäre. So aber, nachdem die Note sofort als „ein Fetzen Papier“ abgekanzelt wurde, wird unter den Zeitgenossen, ehe sich nicht die Archive der Kabinette öffnen, die Frage streitig bleiben, ob damit nicht eine Sternstunde deutscher Nachkriegsgeschichte vertan worden ist.“

Die Note hatte die Bereitschaft der Sowjetunion zur Wiedervereinigung Deutschlands erklärt — allerdings für den Fall des Verzichts der Bundesrepublik auf den Beitritt zur damals erwarteten (dann aber infolge des Einspruchs von Frankreich doch nicht zustande gekommenen) Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Das war in der Tat ein sehr zwiespältiges Angebot, aber man hätte anstelle eines schroffen Nein sich zur Verhandlung bereit erklären sollen!

Auch was der Verfasser über die Verfolgungen in der Nazizeit allgemein und aus ganz persönlichem Erleben heraus zu berichten hat, sollte besonders beachtet werden. Wer diese Darstellungen Pünders gelesen hat, kann gewiß nicht mehr sagen, daß so manches, was man darüber erfahren hat, vielleicht doch übertrieben sein könnte.

Irmgard Enderle

EUGEN LÖBL/  
LEOPOLD GRÜN WALD  
DIE INTELLEKTUELLE REVOLUTION

Hintergründe und Auswirkungen des „Prager Frühlings“. Econ-Verlag, Düsseldorf 1969. 308 S., Ln. 18,— D-Mark.

Zwei Reformkommunisten üben Kritik an dem tschechoslowakischen Kommunismus, wie er sich bis 1968 präsentierte, und machen ihre Verbesserungsvorschläge. Was *Eugen Löbl* an Kritik vorzubringen hat, ist, auch wenn ein Nichtkommunist an seiner Darstellung der Ereignisse von 1945 manches aussetzen hätte, bemerkenswert. Das gilt vor allem dafür, daß er sich zur Erkenntnis durchgerungen hat, die Sowjetunion sei kein sozialistischer Staat. Mit dieser entschiedenen Feststellung ist aber manches, was er schreibt, im Widerspruch. Seine positiven Vorschläge zu einer Verbesserung entbehren der Klarheit und Folgerichtigkeit. Um eine eindeutige Stellungnahme zu der zentralen Frage des Einparteiensystems drückt er sich mit einigen Ausweichmanövern herum.

*Leopold Grünwalds* Schilderung des Geschehens ist hochinteressant, da ihm auch Details bekannt sind, die anderen entgangen sind. Er übt heftige Kritik an der Sowjetunion, und diese Kritik beschränkt sich nicht nur auf einen Protest gegen die gewaltsame Unterdrückung der Prager Reformbestrebungen. Aber er übt auch diese oft überraschend scharfe Kritik als Kommunist, und seine weitere Zugehörigkeit zu dieser Bewegung hat auch auf seine Darstellung abgefärbt. Da gibt es die üblichen kommunistischen Clichebehauptungen über die NATO und die „westdeutschen Revanchisten“. Da gibt es vor allem einen Versuch, der Wahrheit dort Gewalt anzutun, wo es um die Sozialdemokratie geht. Der Versuch, im Frühjahr 1968 in der Tschechoslowakei die Sozialdemokratie wiederaufzurichten, hat nach Grünwald kein besonderes Echo gefunden. Die Wirklichkeit ist, daß der Versuch ein starkes Echo hatte. Obwohl die Proponenten der Partei keinen administrativen Apparat und keinen Zugang zu den Massenmedien hatten, waren binnen kurzem in allen Teilen des Staates regionale Komitees der Partei eingesetzt. Buchstäblich über Nacht entstanden über 500 Ortsvereine. Grünwald mag ehrlich von einem humanisierten Kommunismus träumen, der alle Übel beseitigt, die er anklagt. Aber wäre das (wenn es möglich wäre) noch Kommunismus und ist unter diesen Umständen seine im Namen der Reformkommunisten ausgesprochene brutale Ablehnung der Rückkehr zur Sozialdemokratie nicht deplaciert?

Sehr wertvoll ist der dokumentarische Teil des Buches, in dem vieles schwer Zugängliche wiedergegeben wird, was nicht vergessen werden soll. So finden wir hier die Proteste der Prager Regierungs- und Parteistellen gegen

die Invasion vom August 1968, Proteste, die jetzt verleugnet werden. Besonders interessant ist das — von den Unterzeichnern nicht veröffentlichte — Geheime Zusatzabkommen, das Moskau den tschechoslowakischen Kommunisten im Oktober 1968 abgepreßt hat. Darin heißt es: „Die Tätigkeit der antimarxistischen sozialdemokratischen Partei wird nicht erlaubt.“ Das nennt man Nichteinmischung in innere Angelegenheiten.

Dr. J. W. Brügel

EMIL DOVIFAT  
HANDBUCH DER PUBLIZISTIK

Band I: Allgemeine Publizistik; von Emil Dovifat. Walter de Gruyter & Co., Berlin 1968. 333 S., Ln. 28,— DM.

Band II: Praktische Publizistik. 1. Teil; Redaktion: Wolfgang Bruhn und Juliane Weiss. Walter de Gruyter & Co., Berlin 1969. 583 S., Ln. 68,— DM.

Während des Dritten Reiches wurde die Universitätsdisziplin Zeitungswissenschaft manigfachen politischen Pressionen unterworfen. Daß sie sich nach 1945 zu einem innerhalb der geistes- und sozialwissenschaftlichen Fakultäten anerkannten Forschungs- und Lehrbereich regenerierte, dessen Arbeitsergebnisse von den Verantwortlichen der Kommunikationsmittel bejaht werden, verdankt sie wenigen schöpferischen Autoren. An ihrer Spitze standen *Otto Groth* und *Walter Hagemann*, stehen *Emil Dovifat* und *Joachim Kirchner*. Wenn diesen Gelehrten vereinzelt von jüngeren Adepten des Faches vorgeworfen wird, sie hätten Publizistik lediglich als „eingleisiges“ Wirken vom Publizisten zum Publikum hin erfaßt, hingegen nicht beachtet, daß gelegentlich von den „Rezipienten“ Wirkungen auf die „Kommunikatoren“ zurückstrahlen, so ist das überheblich zu nennen.

Seit *Caspar von Stieler* seine gedankenreiche „*Zeitungs Lust und Nutz*“ 1695 schrieb, seit *Karl Bücher* Zeitungskunde zu schöpferischer Medienkritik erhob, hat kein bedeutender Forscher die sogenannte „Reziprozität“ übersehen. Weshalb war das unmöglich? Jahrzehnte hindurch sind die führenden Wissenschaftler des Faches, gleichgültig, ob sie sich nachträglich habilitierten oder nicht, zuvor in der Praxis tätig gewesen.

Von Dovifats Werk geht Klarheit und Tiefgründigkeit aus. In seinem *chef d'oeuvre* behandelt er zuerst die Grundbegriffe der Publizistik, dann ihre Erscheinungsformen. Anschließend untersucht er die Wege des publizistischen Prozesses. Der Rückblick auf erfreuliche und üble Erfahrungen mit Methoden der Massenföhrung und -Verführung unter *Bismarck* und *Wilhelm II.*, in der Weimarer Republik, im Dritten Reich und in der deutschen Gegenwart läßt Dovifat über das Problem von Freiheit und Bindung in der Publizistik nachdenken. Bis zu diesen Darlegungen

ist seiner Systematik ohne Widerspruch zu folgen.

Im Anschluß an seine Philosophie der Publizistik schildert Dovifat die einzelnen Medien der Kommunikation in der Reihenfolge ihres Eintretens in die neuzeitliche Welt.

Wer die Persönlichkeit des Autors und die Generallinie seiner Werke von der Leipziger, bei Karl Bücher geschriebenen Dissertation des Jahres 1918 („Die öffentliche Meinung in Sachsen um das Jahr 1840“) bis zu den neuesten Publikationen kennt, den verwundert es nicht, daß er Lieblingsthese seines protheischen Lebens und Streitens abermals markiert. Publizistik war für Dovifat niemals nur das Reden oder Schreiben zum Tage, sondern die über den Augenblick hinauswirkende Tat. Daß er sie mit apostatischer Gebärde als „Opferleistung“ umschreibt, wurde und wird übelgenommen. Solche Metaphern machen der Inquisition verdächtig; eben da scheiden sich Antike, Mittelalter und Moderne. Mit Recht ist das Werk, wie spontanes Anerkennen belegt, als Dovifats „*summa summarum*“ verstanden worden.

Als Ouvertüre des zweiten Bandes erklingt die Quintessenz von Dovifats Lehre. Was könnte es anderes sein als die „Publizistik des gesprochenen Wortes“? Nunmehr unterteilt er sie in „Die Rede“ und in „Die Publizistik des gesprochenen Wortes“. Wer wollte leugnen, daß sich keiner der an Universitäten Publizistikwissenschaft Treibenden oder diese wie Otto Groth privatissime Erforschenden außer Dovifat an das schwierige Gebiet heranwagt? Die Publizistik des Bildes behandeln, was „Das stehende Bild“ angeht, exzellente Kenner wie *Rainer Fabian*, *Günter Huhndorf*. Warum *F. H. Mösslang* anstelle von *Bernd Lohse* für die Bearbeitung des Themas „Das Foto als publizistisches Mittel“ gewonnen wurde, bleibt als Frage offen. Wie der Baedeker Sehenswürdigkeiten durch Sterne hervorhebt, nicht anders sind die Beiträge von *Kurt Reumann* zur Karikatur und von *A. C. Baumgärtner* über „Comics in Deutschland“ auszuzeichnen. In der Partie über „Das bewegte Bild (Film)“ erreicht die Darstellung endgültig die Qualität internationaler Standardwerke.

Vor mehr als vierzig Jahren hat Emil Dovifat in der Metropole Berlin als Chefredakteur einer Zeitung von Reichsbedeutung verantwortlich gezeichnet. Die Tugenden des exzellenten „Zeitungsverstehens“ zeigen sich an Band II insofern von neuem, als er das Kunststück meisterte, problematische Themen fast ausnahmslos von bestgeeigneten Talenten darstellen zu lassen. Nicht zuletzt deshalb ist beispielsweise den Seiten 193 bis 259, auf denen der Film kundig geschildert wird, ein Nachschlagewert von drei bis fünf Jahrzehnten vorauszusagen. In die Expertisen teilen

sich der Filmhistoriker *Enno Patalas*, der Filmtheoretiker *Theo Fürstenau*, der Filmtechniker *Hans-Herrmann Atorf*, der Filmstatistiker *Götz Graf Pestalozza*, der Filmkritiker *Walter Müller-Bringmann* und kontrapunktisch Deutschlands nie zu umgehender Filmjurist *Horst von Hartlieb*.

Nicht minder kompetent wirkt die um die Phänomene des Rundfunks versammelte Mannschaft der Experten. Ähnlich wie in einem Bericht über ein an Rollen überreiches Theaterstück muß ein zwar alphabetisch angeordnetes, dennoch fragmentarisches Anführen der wichtigsten Akteure genügen. *Hans Arnold*, *Hans Brack*, *Gerhard Eckert*, *Karl Holzamer*, *Günter B. Krause-Ablaß*, *Clemens Münster*, *Elisabeth Noelle-Neumann*, *Werner Nestel*, *Gerhard Prager* und *Kurt Wagenführ* gehen Radio und Fernsehen auf den Grund. Aus jedem der Beiträge dieser prominenten Fachleute werden eben jene überraschenden Entwicklungslinien der Medien sichtbar, welche *Marshall Mc Luhans* überspitzte These, sie selbst wären die Botschaft, als Bonmot entlarven.

Der Abgrenzung der Publizistik dienen Exkurse zum Theater. Für diesen Bereich hätte man sich eher *Carl Niessen*, für den Sektor Kabarett lieber seinen besten lebenden Historiker, nämlich *Werner Finck*, als Berichterstatter gewünscht. Über die Aussagekraft des Liedes berichtet *Günter Kieslich*, auf diesem Gebiet in seiner philologischen Intransigenz schwer zu schlagen.

Erstmalig präsentiert *Joachim Viedebant* Schallplatte und Tonband als publizistisches Mittel. Das Aufnehmen beider Medien ist um so dankenswerter, als sie zuvor in almanachartiger Rückständigkeit vernachlässigt wurden.

Ließ der Band I des Werkes von Emil Dovifat *Zweifel* darüber offen, wohin die Route gehen würde, so sind sie durch Band II behoben. Ein internationales Standardwerk darzureichen, ist des Autors Dovifat wie des Herausgebers Wunsch. Gemäß bisher erbrachten Leistungen ist kaum anzunehmen, daß der dritte Band, auf dessen Seiten von Plakat, Flugblatt und Flugschrift, von Zeitung, Zeitschrift und Buch die Rede sein soll, ein Absinken erbringt. Jedenfalls bezeugen Band I und II das Werden eines mondialen Opus. Es stellt weder das unvollendet gebliebene „Handbuch der Zeitungswissenschaft“ (abgebrochen 1942) aus der Hand *Walther Heides* noch das bisher gleichfalls nicht zu Ende geführte Werk „Die unerkannte Kulturmacht. Grundlegung der Zeitungswissenschaft (Periodik)“ (Band I-VI, Berlin 1960-1966) aus der Feder Otto Groths, dessen siebter Band aus dem Nachlaß erwartet wird, in den Schatten. Vielmehr führt Emil Dovifat dank seiner grandseigneurialen Leistung beide Vorarbeiten

ein beträchtliches Stück der Vollendung entgegen.

Mit diesen beiden Bänden hat die Wissenschaft von der Publizistik eine fachliche Fundierung und literarisch-stilistische Qualität erreicht, die es erlauben, an Rankes Satz zu denken: „Nur die gutgeschriebenen Werke in der Geschichtsschreibung sind von Dauer.“

*Prof. Dr. Wilmont Haacke*

MICHAEL FRANK

COOPERATIVE LAND SETTLEMENTS IN ISRAEL AND THEIR RELEVANCE TO AFRICAN COUNTRIES

Veröffentlichungen der List Gesellschaft e. V., Band 53, Kyklos-Verlag Base! — J. C. B. Mohr (Paul Siebel), Tübingen 1968. 168 S., Ln. 33,— DM.

Unter den zahlreichen schwierigen Aufgaben der Regierungen der in den letzten zwanzig Jahren selbständig gewordenen afrikanischen Länder ist eine der wichtigsten die Entwicklung der in jeder Beziehung rückständigen Landwirtschaft, auf der in den meisten dieser Länder die nationale Wirtschaft beruht. Die Durchführung aller auf dieses Ziel gerichteten Reformen verlangt, verglichen mit der Finanzkraft dieser neuen Staaten, ungeheure Mittel. Deshalb ist die Zweckmäßigkeit ihrer Verwendung außerordentlich wichtig, Ja bestimmend für den Erfolg. Bei den Bemühungen, die günstigsten Methoden für die Förderung des ökonomischen Fortschritts zu finden, wird in zunehmender Weise der Wert kooperativer Organisationen erkannt.

Michael Frank hat sich in seiner Untersuchung zum Ziel gesetzt, zu prüfen, in wie weit die in Israel entwickelten kooperativen Siedlungsformen geeignet sind, als Muster für die Reorganisation der Landwirtschaft im oben erwähnten Sinne in den Entwicklungsländern Afrikas südlich der Sahara zu dienen.

Die jüdische Landwirtschaft in Israel ist überwiegend genossenschaftlich organisiert — nur etwa 22 % gehören privaten Bauern —; die Organisationsformen sind aber sehr verschieden. Die Kibbuzim, über die es eine große Literatur in europäischen Sprachen gibt, beruhen auf gemeinsamer Bearbeitung der Böden und der Hilfsbetriebe, gemeinschaftlicher Leitung, Gemeinschaft der Mahlzeiten, Gemeinschaft der Kindererziehung; sie machen etwa 29 % der israelischen Landwirtschaft aus (Stichjahre 1964). Ein kleiner Sektor (etwa 3 %) sind kibbuzähnliche Betriebe, bei denen aber das Familienleben privat bleibt. Sodann gibt es die bedeutendste Gruppe (39 %>) von Arbeitersiedlungen, in denen das Mitglied seinen Boden selbständig bearbeitet, bei denen aber Planung, die Bearbeitung eines Teils der Böden sowie Einkaufs- und Verkaufsorganisation gemeinsam betrieben werden. Endlich gibt

es noch Mittelstandsdörfer, die privatwirtschaftliche Züge tragen, bei denen der An- und Verkauf wie auch gewisse Dienstleistungen (Molkereien, tierärztliche Versorgung usw.) genossenschaftlich organisiert sind. Michael Frank beschreibt diese Dorftypen in anschaulicher Weise und geht auf die wirtschaftlichen Vor- und Nachteile der verschiedenen Organisationsformen, sowie auf die Finanzierung der Betriebe gründlich ein und stellt auch die teilweise schon durchgeführte Planung für die Organisation ganzer Regionen dar.

In einem weiteren Kapitel beschreibt der Verfasser die Lage in der arabischen Landwirtschaft in Israel, die zur Zeit der Errichtung des Staates (1948) sehr rückständig war; insbesondere geht er auf Versuche ein, die im jüdischen Sektor vorhandenen Organisationsformen zur Hebung der arabischen Landwirtschaft in Israel anzuwenden — Versuche, die zur Zeit des Abschlusses des Buches erst wenige positive Ergebnisse gezeigt hatten.

Dann gibt der Verfasser eine Darstellung der Lage in den erwähnten afrikanischen Staaten. Schon bevor diese selbständig wurden, haben die Kolonialmächte Versuche gemacht, die primitive Landwirtschaft, die zu einem äußerst niedrigen Lebensniveau der Bevölkerung führte, zu heben, wobei die von Engländern und Franzosen eingeschlagenen Wege verschiedenartig waren. Später ist, in nicht unerheblichem Maßstabe, der Versuch begonnen worden, die israelischen genossenschaftlichen Siedlungsformen in den afrikanischen Ländern einzuführen, ein Versuch, der durch israelische Irrstrukturen auch jetzt noch weitergeführt wird. Es handelt sich dabei hauptsächlich um den Typus der „Arbeitersiedlung“, da die seit Jahrhunderten an individualistische Arbeitsmethoden gewohnten Afrikaner sich an diese Form leichter gewöhnen können als an die auf kollektiven Lebens- und Arbeitsformen basierenden Typen des kibbuzähnlichen Dorfes. Die verschiedenen Versuche in den einzelnen Ländern sind in ihren Einzelheiten beschrieben.

Die Untersuchung ist mit erheblicher Sachkenntnis geschrieben, mit statistischem Material, soweit erhältlich, und mit einem reichhaltigen Literaturverzeichnis versehen. Wenn es etwas zu beanstanden gibt, so ist es die Tatsache, daß sie offenbar schon erhebliche Zeit vor dem Datum der Einleitungsnotiz (Januar 1968) abgeschlossen worden ist, was sich daraus ergibt, daß die Literatur und das statistische Material nach 1964 (mit geringfügigen Ausnahmen) nicht berücksichtigt wurden. Da aber die Vorgänge in Afrika in voller Entwicklung sind, ist jedes Jahr zur Beurteilung der Ergebnisse wichtig, und so ist zu hoffen, daß es dem Verfasser möglich sein wird, seine Untersuchung durch Berichte über die weitere Entwicklung bis 1969 zu vervollständigen.

*Dr. R. Sivron-Hoffnung*

RONALD SEGAL  
DIE KRISE INDIENS

Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt 1968. 349 S., Paperback 9,— DM.

Reiseberichte über Indien, so objektiv sie sich geben, sind zumeist von einer überschwenglich bewundernden oder — und dieser Trend nimmt zu — von einer arrogant ablehnenden Haltung geprägt. Untersuchungen mit wissenschaftlichem Anspruch über das moderne Indien der letzten zwanzig Jahre gibt es nicht, abgesehen von der Behandlung einzelner Teilaspekte. Die Europäische Verlagsanstalt hat diese Lücke mit der Übersetzung einer vor drei Jahren in England erschienenen sorgfältigen Arbeit eines Journalisten, der eine Reise in den Jahren 1962/63 zugrunde liegt, gefüllt. Den Autor Ronald Segal, ein nach London emigrierter Südafrikaner, interessieren vor allem die indische Sozialstruktur, die historischen, religiösen und psychologischen Grundlagen dieses Landes in der Krise; er möchte wissen, was es mit der so oft propagierten sozialistischen Demokratie *Nehrus* in diesem, von einem Sechstel der Weltbevölkerung bewohnten Land auf sich hat. Die Ergebnisse seiner Analyse sind verneinend.

In dem 1968 geschriebenen Vorwort zur deutschen Ausgabe betont er die unverminderte Aktualität und Berechtigung seines Buches; beides muß man ihm zugestehen. Er schreibt, daß seine große Anklage junge indische Intellektuelle aufgerüttelt habe, die nationale Demütigung des heutigen Indien — er vergleicht sie mit der Situation in China unter der Kuomintang-Regierung — als solche zu empfinden und nach einem Ausweg zu suchen. Segal, der kein Kommunist ist, sieht als einzigen Ausweg den kollektiven Kampf, eine indische Revolution, deren Formen er nicht beschreiben kann, die jedoch der drohenden Hungerkatastrophe der nächsten Jahrzehnte, der „Auflösung Indiens in mehrere, ja einander feindlich gegenüberstehende Staaten“ entgegenwirken muß. Das Buch stellt ausführlich die Tatbestände dar, die ihn zu einer derartig pessimistischen Sicht veranlassen. Aber man spürt dabei auf jeder Seite, wie unglücklich er über sein eigenes Urteil ist und demnach leidenschaftlich engagiert nach den Ursachen sucht. In diesem intensiven Bemühen, in die Problematik einzudringen, versucht Segal gleichzeitig, sogenannte positive Kritik zu üben, die den Betroffenen Anstöße zu geben vermag. Dabei stehen sehr scharfsinnige und elegante Formulierungen neben endlosen Wiederholungen und manchmal überspitzten oder ein wenig vorschnellen Urteilen.

Am stärksten kritisiert Segal die fatalistische Passivität der indischen Massen. Er vergleicht beispielsweise Slums in Südafrika, bei denen zumindest ein geringes Maß an Unzu-

friedenheit und an Widerstand gegenüber dem Elend vorhanden sei, mit den indischen Slums, die „wie eine Krankheit der Menschheit selbst waren; Männer und Frauen saßen still da und schienen sich mit ihrer Verfaulung abgefunden zu haben ... Nichts ist so erniedrigend als Indifferenz“. Die Gründe dafür sieht Segal in dem Zusammenwirken folgender Gesichtspunkte:

Der hinduistische Begriff des *Karma* erklärt die soziale Existenz jedes Menschen als eine zwangsläufige Folge seiner Handlungen in einem früheren Leben, damit ist zugleich die religiöse Forderung nach der Erfüllung der Pflichten und des Berufes, der vom Vater vererbt wird, verbunden. Nur eine Annahme dieser Rolle und ein Leben unter genau definierter Zurückstellung beinahe aller Wünsche und Begierden befreit den Hindu aus dem Kreislauf leidensvoller Wiedergeburten. Da der bei weitem größte Teil der Bevölkerung, vor allem auf dem Lande, diese Forderungen akzeptiert, ist die psychologische Voraussetzung für eine von unten initiierte Veränderung nicht gegeben, ja sie wird sogar moralisch verworfen.

Die religiös begründete und in zweitausend Jahren — oder sogar noch länger — gefestigte Struktur der „*Kasten*“ verhindert vollständig jeden sozialen Wandel, sie bestimmt genau die Rolle des einzelnen in seiner Familie, innerhalb der Kaste, seine Pflichten gegenüber den höheren und seine Rechte gegenüber den niederen Kasten. Eine soziale Verantwortung des Individuums über den engen Rahmen der Kaste hinaus, Grundbestandteil jeder Demokratie, kann es daher nicht geben. Obwohl gesetzlich aufgehoben, lebt die Institution der Kasten unvermindert weiter, die politischen Parteien bedienen sich ihrer und die lokalen Selbstverwaltungseinheiten widerspiegeln ihre Hierarchie. In der viertausendjährigen Geschichte Indiens hat keine Fremdherrschaft — und die Geschichte Indiens ist fast ausschließlich eine Folge verschiedener Fremdherrschaften, die Indien geduldig ertragen hat — diese Struktur auf den Dörfern verändern können. Im Gegenteil, die Eroberer wurden mehr oder minder in das System integriert.

Die Qualität einer indischen *Frau* wird an ihrer Konformität gegenüber den beschriebenen Traditionen gemessen. Bevor sie nicht emanzipiert ist, gibt es keinen wirklichen Fortschritt.

Die *wirtschaftliche Entwicklung* hält nicht dem Bevölkerungswachstum stand, geschweige denn schlägt sich die Erhöhung des Sozialproduktes im Lebensstandard der indischen Massen nieder, nur die Reichen und die Mittelschicht haben profitiert. Der Kongreß hat mit dem gemischt-wirtschaftlichen System nur dem Steuerzahler die Last des Ausbaus der Infrastruktur und der wenig profitablen

Grundlagenindustrie aufgebürdet, während die Privatindustrie auf dieser Basis horrende Geschäfte gemacht hat und sich einen immer mehr wachsenden Einfluß auf die Politik sichert. Planungen für Reformprogramme gab es viele, kein Gesetz und kein Gemeindeentwicklungsplan hat die feudalen Strukturen auf dem Lande tatsächlich zu verändern vermocht; Gelder und Ideen sind auf den verzweigten Ebenen der Bürokratie hängengeblieben, kleine Erfolge wurden sofort von den zusätzlichen Millionen aufgeessen. Die ausländische Entwicklungshilfe entspricht je Jahr dem Gegenwert von 80 Cent je Kopf der Bevölkerung, sie hat die Stagnation nicht verhindern können. Und selbst Perioden relativen Fortschritts als Folge guter Monsunregen werden die am Horizont drohende, existentielle Krise der indischen Union nicht aufhalten können, ebenso wenig wie es korrupte Politiker und Beamte, halbherzige Kompromisse der Regierung und die erstarkenden rechten und partikularistisch-nationalistischen Kräfte vermögen. Allein ein Erwachen von unten, und wenn es mit Zwang beschleunigt würde, kann Indien helfen.

Dies sind zusammengefaßt und dadurch etwas verkürzt die von Sekundärliteratur gut untermauerten und zum anderen Teil auf eigenen Erfahrungen beruhenden Thesen Ronald Segais: eine nützliche Provokation, die sehr oft ins Schwarze trifft.

*Barbara Skriver*

**JOACHIM H. SCHWELLEN  
AMERIKAS BRUTALES ANTLITZ**

Der Januskopf der Neuen Welt. Eugen Diederichs Verlag, Düsseldorf-Köln 1968. 152 S., kart. 12,80 DM.

**E S T E S KEFAUVER  
IN WENIGEN HÄNDEN**

Monopolmadit in Amerika. Europäische Verlagsanstalt, Frankfurt am Main 1967. 242 S., kart. 16,80 DM.

Joachim H. Schwellen, durch seine Rundfunk- und Fernsehberichte aus den USA gut bekannt, stützt sich bei seiner Darstellung fast ausschließlich auf offizielle Untersuchungen verschiedener staatlicher Stellen in den USA. Das authentische Zahlen- und Faktenmaterial dieser Berichte benutzt der Autor, um in den Kapiteln „Aus Schwarz wird nicht Weiß“, „Früchte der Gewalt“, „Wüsten zwischen Oasen — Slums, Hunger und Armut“ ein ungeschminktes Bild der heutigen wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Situation in den Vereinigten Staaten zu vermitteln. Das Ergebnis ist erschreckend, so sehr erschreckend, daß der Optimismus des Schlußkapitels „Evolution statt Revolution“ schon auf der Basis historischer Erfahrungen recht fragwürdig geworden ist.

Die Resultate dieser Gesamtuntersuchung werden in dem Buch von Kefauver wirkungsvoll ergänzt durch Einzeldarstellungen, die sich mit dem Monopolcharakter besonders auf den Gebieten der Arzneimittelherstellung und bei der Fabrikation von Automobilen befassen. Über diese Abschnitte hinaus werden noch die Probleme geschildert, die mit dem Einfluß des Monopolismus auf die Arbeitsplätze, auf kleine Unternehmungen und auf die Gemeinschaft zusammenhängen, worauf abschließend „Die Politik der Bundesregierung und das private Monopol“ behandelt wird. Auch hier bleibt es eine offene Frage, wie die kapitalistische Wettbewerbsgesellschaft mit ihrem rücksichtslosen Profitstreben über alle offenkundigen Widersprüche hinweg als „Freie Demokratie“ auf einen Nenner gebracht werden soll.

*Hermann Lücke*

**HI - HYUN THANG  
DAS SCHULWESEN IN SÜD-KOREA  
AUFBAU UND PROBLEME**

Dokumentation zum in- und ausländischen Schulwesen Bd. 10. Beltz Verlag, Weinheim/Bergstr., 170 Seiten, kart. 16,80 DM.

Das Schul- bzw. Erziehungswesen ist für die „unterentwickelten“ Länder einer der Hauptfaktoren der möglichen Sozialisation. Somit kann es, neben der ökonomischen Planung, nicht zuletzt auch die absehbare Zukunft der Entwicklung eines solchen Landes, welches jahrzehntelang vom Kolonialismus ausgebeutet und unterjocht worden ist, entscheidend bestimmen. Auf der anderen Seite läßt sich die vielschichtige Problematik der für unterentwickelt gehaltenen Gesellschaft gerade mittels der Auseinandersetzung mit dem Erziehungswesen durchleuchten.

Hi-hyun Whang aber hat in seiner Untersuchung versäumt, die Hintergründe des problematischen Schulwesens, mithin die konkreten Probleme des Schulwesens in Südkorea, einigermaßen zu umreißen. Er hat sich stattdessen lediglich auf die Darstellung des äußerlichen Aufbaus des Schulwesens beschränkt. Ein Beispiel dazu: Der Verfasser spricht von den Unterrichtsgebühren (Mittel- und Oberschule), die „jährlich zwischen 2,040 Won (7,84 US-Dollar) und 6600 Won (25,38 US-Dollar)“ betragen, ohne jedoch Bezug auf das durchschnittliche Einkommen der Koreaner zu nehmen.

Ein Problem, das Whang immerhin ansatzweise aufgeworfen hat, verdient allerdings große Aufmerksamkeit, nämlich das Hochschulwesen als ein finanzpolitisches Phänomen: Wenn die Eltern der über 140 000 Studenten zum Beginn des Studienjahres Eintritts- und Höregebühren an die Hochschulen zahlen, nachdem sie mehr als ein halbes Jahr dafür gespart haben, sind „20 % des ge-

samen Volkseinkommens aus dem Verkehr gezogen" (Seite 141)! Die Unternehmer der universitären Betriebe können sozusagen auf Grund der eingenommenen Studiengebühren die Liquidität der südkoreanischen Banken teilweise manipulieren. In der Tat sind die Rektoren der renommierten Hochschulen auch die wichtigsten Persönlichkeiten der Finanzwelt!

Wie die Gesellschaft in Südkorea überhaupt, so krankt auch das südkoreanische Schulsystem an allerhand Mängeln: Mangel an Lehrpersonal, Unterbezahlung der Lehrer und Professoren, Korruption in den Schul- und Hochschulinstitutionen, systemlose Erziehungsmethodik, Mißachtung der Bedürfnisse des eigenen Landes, Perspektivlosigkeit der Schul- und Hochschulausbildung, um nur einiges zu nennen. Über diese Mißstände kann die eine statistische Zahl, auf die die südkoreanische Regierung wiederholt stolz verweist, daß nämlich 95,1 Prozent aller schulpflichtigen Kinder eingeschult werden können, auch nicht hinwegtäuschen. *T. Z. Chung*

ALEC WAUGH

#### VULKAN WESTINDIEN

Die karibische Inselwelt von Kolumbus bis Castro. Reihe: Die Welt im 20. Jahrhundert. Verlag Kurt Desch, München, 1967. 345 S., Ln. 28,50 DM.

Unsere Generation wurde mit der Welt des karibischen Meeres nur einmal konfrontiert, als nämlich 1962 die Spannung zwischen dem Cuba Fidel Castros, den USA und der UdSSR den Ausbruch eines dritten Weltkrieges beängstigend nahebrachte. Deutschland hatte sich nie nennenswert am Wettlauf um Landbesitz in diesem Teil der Welt beteiligt, und so ist unser Wissen um seine Geschichte dürftig. Alec Waugh, der einen großen Teil seines Lebens als Reisender in der karibischen Inselwelt zugebracht hat, gibt in dem vorliegenden Buch einen lebendig geschriebenen historischen Abriss, der allerdings praktisch mit dem ersten Tag des 20. Jahrhunderts endet. Insofern ist der Untertitel „Von Kolumbus bis Castro" (letzterer steht nicht einmal im Register!) und die Aufnahme des Buches in eine Reihe „Welt im 20. Jahrhundert" irreführend.

Abgesehen von diesem kleinen Schönheitsfehler ist das Buch von Waugh eine vorurteilslos geschriebene Historie des Imperialismus Spaniens, Englands und anderer europäischer Mächte sowie der USA. Es ist eine Geschichte von Abenteurern, Karrieremachern, Militärs, Pflanzern und Sklaven. Die Ohnmacht Spaniens, seine Besitzungen so fern dem Mutterland gebührend zu verwalten oder gar zu entwickeln, und die Existenz einer modernen Großmacht, der USA, im Norden haben entscheidend auf das Schicksal der vielen Inseln eingewirkt. Demgegenüber verblaßt die Rolle der übrigen imperialistischen Mitbewerber. Die

zeitweise erfolgreichen Maßnahmen der USA zur inneren „Stabilisierung" Cubas, Haitis und der Dominikanischen Republik werden gegenwärtig allerdings überschattet durch die jüngsten Ereignisse, die deutlich die Ohnmacht amerikanischer Politik gegenüber den inneren Problemen der größeren westindischen Inseln zeigen. Dieser Teil der Geschichte muß allerdings, wie der Verfasser meint, erst geschrieben werden. *Dr. Wolf Donner*

GERHARD LISOWSKY

#### KULTUR- UND GEISTESGESCHICHTE DES JÜDISCHEN VOLKES

W. Kohlhammer Verlag, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1968. 311 S., Ln. 26,— DM.

Die Geschichte des jüdischen Volkes umfaßt einen Zeitraum von erheblich mehr als dreitausend Jahren; nach der Zerstörung des jüdischen Staates vor beinahe zweitausend Jahren ist sie nur Kultur- und Geistesgeschichte, abgesehen von den letzten Jahrzehnten. Diese auf knapp dreihundert Seiten zu beschreiben — Einleitung und Register muß man ja von der Gesamtseitenzahl abziehen — würde wohl von vornherein als ein vergebliches Unterfangen erscheinen. Aber glücklicherweise handelt es sich bei dem vorliegenden Buch um etwas anderes. Der Verfasser geht von der Tatsache aus, daß in weiten Kreisen „über die allgemeinen Dinge des Judentums eine abgrundtiefe Unkenntnis besteht", die eben diesem Publikum die Möglichkeit nimmt, die Fülle von Nachrichten in Presse und Literatur über das Judentum und Israel richtig zu bewerten. Also hat Lisowsky sich vorgenommen, diesem Mangel abzuweichen, indem er die wichtigsten Faktoren der Geistesgeschichte des jüdischen Volkes bis zur Gegenwart darstellt; offensichtlich ist das Buch hauptsächlich für den deutschen Leser geschrieben, weil der Verfasser dem Judentum in Deutschland unverhältnismäßig viel Raum gewidmet hat.

Zunächst gibt der Verfasser eine Darstellung der Entwicklung der jüdischen Religion bis zur römischen Herrschaft, d. h. der mosaischen Gesetzgebung und des Prophetentums, der Stellung von Königtum und Priestertum und der babylonischen Diaspora. Sodann beschreibt er die Lage des Judentums zur Zeit des Neuen Testaments, wobei ganz besonders eingehend die Entstehung des Talmuds, seine Bedeutung und sein Aufbau, mit Beispielen geschildert wird. Es folgt ein Überblick über die Gestaltung des jüdischen Lebens im Römischen Reich, im Gebiete des Islams und besonders in Spanien. Es handelt sich hier um Epochen, die für die Geschichte des jüdischen Geistes besonders wichtig waren.

Das nächste Kapitel handelt von der jüdischen Frömmigkeit; es enthält Erklärungen besonderer jüdischer Institutionen, die dem Nichtjuden zwar dem Namen nach bekannt

sind (Beschneidung, Barmizwah (religiöse Volljährigkeit), Speisegesetze, Schächtung, Sabbat, Feste und Lithurgie), von deren religiöser Bedeutung er aber meist keine Ahnung hat.

Sodann geht die eigentlich geschichtliche Darstellung weiter — eine Beschreibung der Lage der Juden und die Beeinflussung ihrer Kultur durch die sich in Europa vollziehende Umgestaltung, von den Karolingern über Kreuzzüge, Humanismus, Reformation, zu Aufklärung und Romantik. Die Emanzipation mit der Abspaltung des sich der Umwelt angleichenden Teiles des Judentums, von der Orthodoxie, und das Aufkommen der zionistischen Idee und ihre Entwicklung finden hier ihren Platz. Dem Schicksal der Juden im Dritten Reich ist gleichfalls Raum eingeräumt, und man darf wohl sagen: zuviel Raum; zur jüdischen Kultur- und Geistesgeschichte hat diese Epoche sicher nichts Bedeutsames beigetragen, und die Darstellung des Ausnahmerechts für die Juden zwischen 1933 bis 1945 gehört doch wohl nicht in die jüdische, sondern in eine deutsche Kultur- und Geistesgeschichte.

Ein Kapitel über die Entstehung des Staates Israel und seine Probleme beschließt das Buch.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß dem Verfasser geglückt ist, was er sich vorgenommen hat. Das Buch vermittelt in der Tat sehr viel Wissenswertes für den, der am Wissen über das Judentum interessiert ist; besonders hervorzuheben ist die wiederholte Gegenüberstellung jüdischer und christlicher Auffassungen und Denkweisen bei allen Gelegenheiten, bei denen Anlaß dazu besteht. Die Darstellung des Stoffes ist flüssig und leicht lesbar, Druck und Ausstattung sind gut.

*Dr. R. Sivron-Hoffnung*

#### CHUSHICHI TSUZUKI THE LIFE OF ELEANOR MARX

A Socialist Tragedy. Clarendon Press, Oxford 1967, 354 S.

Der japanische Schriftsteller Chushichi Tsuzuki, dem wir schon eine ausgezeichnete Biographie des englischen Sozialisten *H. M. Hyndman* verdanken, legt jetzt eine Lebensbeschreibung von Mari Marx' jüngster Tochter Eleanor vor. Es ist eine großartig geschriebene und hervorragend dokumentierte Studie eines tragischen Lebens. Eleanor oder, wie sie genannt wurde, „Tussy“ war Marx' Lieblingstochter, der er viele seiner Talente und Fähigkeiten vererbt hatte. Tussy fühlte zweifellos die Berufung in sich, das Lebenswerk ihres Vaters fortzusetzen. Sie war mit Hingabe in den verschiedensten Funktionen in der aufstrebenden englischen und internationalen Arbeiterbewegung tätig. Sie diente ihr als Übersetzerin, als Organisatorin, als Vortragende, als unermülich treibende Kraft. Sie hat ebenso leidenschaftlich den englischen Gasarbeitern bei ihrer gewerkschaftlichen Organisation geholfen wie

sie um die Herausgabe des literarischen Nachlasses von Karl Marx bemüht war.

Ihre Tragödie war, daß sie ihr Herz an einen Unwürdigen verloren hatte. Jahrzehnte lebte sie in freier Ehe mit *Dr. Edward Aveling* zusammen, einem völlig haltlosen Menschen, der den Großteil des Geldes, das sie von Friedrich Engels geerbt hatte, durchbrachte. Als sie darauf kam, daß Aveling hinter ihrem Rücken eine andere Frau geheiratet hatte, aber sich ihr gegenüber nichts anmerken ließ, um weiter Geld von ihr ziehen zu können, machte sie ihrem verpatzten Leben mit Gift ein Ende. Eine große Hoffnung für die Arbeiterbewegung war erloschen.

Tsuzuki schildert mit großem Einfühlungsvermögen und ungeheurer Genauigkeit alle Stationen dieses tragischen Lebens, und so ist viel mehr als eine Biographie von Eleanor Marx daraus geworden. Wir erleben die Atmosphäre des Marxschen Elternhauses, wir hören sehr viel über die, mit denen Tussy freundschaftlich verkehrte: über *Friedrich Engels*, *Wilhelm Liebknecht*, *August Bebel*, *Karl Kautsky* und andere. Und wir erfahren manches über *Freddy Demuth*, den unehelichen Sohn, den Karl Marx mit Lenchen Demuth hatte. Man muß Chushichi Tsuzuki für seine außerordentliche Leistung dankbar sein. Es würde sich lohnen, diese Beschreibung eines tragischen Lebens ins Deutsche zu übertragen.

*Dr. J. W. Brügel*